

3.1. Kanadas republikanischer Multikulturalismus

Oliver Schmidtke

Der Beitrag beleuchtet die aktuelle Debatte um den Multikulturalismus in Deutschland aus einer transatlantisch vergleichenden Perspektive. Entgegen der in Europa verbreiteten Hypothese vom Scheitern wird gezeigt, welche politisch und gesellschaftlich produktiven Ansätze der Multikulturalismus kanadischer Prägung für den Umgang mit kultureller Differenz und die Herausforderung der Integration hervorgebracht hat.

Die Debatte um die Integration von Migranten hat – nicht allein aufgrund der kontroversen Thesen von Thilo Sarrazin – in der deutschen Öffentlichkeit eine neue Qualität gewonnen. Die Einsicht, dass Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden ist, hat der Diskussion über den Umgang mit kultureller Differenz und die Bedingungen gelungener Integration eine neue Dringlichkeit verliehen. Auf dem Deutschlandtag der Jungen Union im Oktober 2010 erklärte Kanzlerin Merkel den Multikulturalismus in Deutschland für „absolut gescheitert“. Gleichzeitig pflichtete sie aber der umstrittenen Aussage von Bundespräsident Christian Wulff bei, dass der Islam zu Deutschland gehöre und wandte sich gegen Seehofers Forderung nach einem Zuwanderungsstopp gegen Menschen aus sogenannten fremden Kulturen. Was aber genau ist laut Kanzlerin so kategorisch gescheitert? Ist, wie einige politische Kommentatoren anmerkten, diese Aussage vorrangig der Logik der kompetitiven Parteienpolitik und dem taktisch motivierten Bestreben der bürgerlichen Parteien geschuldet, dieses hochkontroverse Thema politisch zu besetzen? Oder spiegelt sich in dieser Äußerung eine grundsätzliche Einschätzung zum Stand der Integration von Einwanderern in Deutschland wider?

Im Kern der Multikulturalismuskritik, die weit über Deutschland hinaus in Teilen Europas deutungsmächtig geworden ist, steht der Gedanke an die desintegrative Macht, die aus dem Zusammenleben verschiedener Kulturen erwachsen könne. In Merkels Verweis auf die vermeintlich fehlende Bereitschaft unter



Dr. Oliver Schmidtke,
geb. 1964, University of
Victoria, Kanada.
ofs@uvic.ca

Einwanderern, sich sprachlich und kulturell zu integrieren, oder in ihrem Insistieren auf die christlich ausgerichtete Wertorientierung als unabdingbarem Maßstab für die Alltagskultur in Deutschland geht es zentral um das Bedrohungspotenzial, von dem unterstellt wird, dass es nicht westlichen Kulturen und Religionen innewohne. In den Niederlanden ist nach der Ermordung von Theo van Gogh durch einen islamischen Extremisten dieses Bedrohungsszenarium zu einer Generalabrechnung mit dem Konzept des Multikulturalismus herangezogen worden: Liberale Demokratien liefen durch die ungezügelte Akzeptanz kultureller und religiöser Vielfalt Gefahr, ihr auf individuelle Freiheitsrechte aufbauendes Gemeinwesen zu gefährden. In sogenannten Parallelgesellschaften etablierten sich Praktiken, die sich den Normen und dem Institutionsgefüge der Mehrheitsgesellschaft entzögen. Erfahrungen wie die der Unterdrückung von Frauen, Zwangsheiraten, Ehrenmorde bis hin zum islamischen Extremismus werden in einer solchen Sicht dem multikulturellen Nebeneinander von Mehr- und Minderheiten ursächlich zugerechnet. Aus einer solchen Perspektive wird Multikulturalismus zum Sinnbild für eine Gesellschaft, deren gemeinschaftsstiftender Kern verloren gegangen ist und die sich außerstande zeigt, ein verbindliches (liberales) Regelwerk für das Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen sicherzustellen.¹

Merkels Äußerungen gingen um die Welt und haben insbesondere in den Ländern, in denen es den Multikulturalismus als staatliches Programm gibt, für Aufsehen gesorgt: Zum einen wurde gefragt, wie etwas scheitern könne, das es in Deutschland niemals wirklich als staatliche Politik gegeben hat (der australische Politikwissenschaftler James Jupp hat in einer Oktoberausgabe von *Die Zeit* zutreffend darauf verwiesen, dass in Deutschland nicht der Multikulturalismus, sondern die Gastarbeiterpolitik gescheitert sei²). Zum anderen drängt sich dem Beobachter deutscher Einwanderungs- und Integrationspolitik die Frage auf, warum in Ländern wie Kanada, das bereits seit den frühen 1970er Jahren dem Multikulturalismus verpflichtet ist, dieses Bedrohungsszenarium kaum zur Entfaltung gekommen ist. Auf der Grundlage des eben skizzierten Verständnisses des Multikulturalismus muss es paradox anmuten, dass das destruktive Potenzial von

1 Fukuyama hat dieses Unbehagen am Multikulturalismus in einer Hypothese zum Ausdruck gebracht, die die Unvereinbarkeit von Identitätspolitik und Demokratie unterstellt (vgl. Fukuyama 2006, S. 5-20).

2 Vgl. Jupp 2010.

Identitätskonflikten in Europa auf sehr viel dramatischere Weise aufzutreten scheint, als dies in Kanada mit seinem sehr viel höheren Grad an kultureller und religiöser Vielfalt der Fall ist. Ebenso muss überraschen, dass die öffentlichen Debatten um die vermeintlich desintegrative Wirkung des Multikulturalismus in Kanada so viel weniger aufgeregt sind, obwohl die sogenannten *Visible Minorities* in Kürze die Mehrheit der Bevölkerung in den großen urbanen Ballungsräumen stellen werden. In der nachfolgenden Diskussion der kanadischen Version des Multikulturalismus wird deutlich, welches unterschiedliche Verständnis des Multikulturalismus auf beiden Seiten des Atlantiks vorliegt und wie der dominanten deutschen bzw. europäischen Debatte ein sehr spezifisches und kulturalistisch verkürztes Verständnis des Multikulturalismus zugrunde liegt.

Jenseits des beliebigen Miteinanders

Die Einführung des Multikulturalismus als offizielle Politik der öffentlichen Anerkennung kultureller Differenz geht in Kanada auf zwei zentrale politische Herausforderungen zurück, auf die die liberale Regierung unter Pierre Elliot Trudeau Ende der 1960er Jahre reagierte. Zum einen galt es, den Unabhängigkeitsbestrebungen Quebecs zu begegnen. Im Jahr 1965 empfahl die *Royal Commission on Bilingualism and Biculturalism* die Abkehr von dem Prinzip der britisch-französischen Bikulturalität, die in zunehmendem Maße mit der ethnisch-kulturellen Pluralisierung der kanadischen Gesellschaft in Widerspruch geriet. Unter strategischen Gesichtspunkten sollte das Bekenntnis zur Multikulturalität die exklusiven Autonomieansprüche der nationalistischen französischsprachigen Minderheit verwässern. Gleichzeitig begegnete der kanadische Staat wirtschaftlichen und sozialen Zwängen damit, sein Einwanderungsgesetz grundlegend zu modernisieren und gänzlich von dem Ziel des *Nation Building* – dem Schutz der englischen oder französischen Identität – zu entkoppeln. 1967 wurde in Kanada das auf der Herkunftsregion basierende Auswahlprinzip für Migranten aufgegeben und durch das sogenannte Punktesystem ersetzt. Diese Neuordnung der Einwanderungspolitik zugunsten eines an wirtschaftlichen Bedarfskriterien orientierten Modells führte dazu, dass sich die Zusammensetzung der Einwanderer hinsichtlich ihrer Herkunftsregion dramatisch änderte.

Um das Gemeinwesen auf diese Veränderungen einzustellen, erklärte die liberale Partei den Multikulturalismus 1971 zur offiziellen Politik Kanadas, mit der über den exklusiven Bezug auf die ehemaligen Kolonialmächte (Großbritannien und Frankreich) hinausgegangen werden sollte. Den Kern des Multikulturalismus macht die Idee aus, dass ethnisch-kulturelle Vielfalt keine Gefährdung der sozialen und politischen Integrität des Gemeinwesens darstellt, sondern eine Bereicherung, die es staatlich anzuerkennen und ohne Assimilationszwang zu fördern gelte. Anfänglich wurde der Multikulturalismus oftmals als eine Subventionierung von kulturell-folkloristischen Praktiken von Minderheiten belächelt. Nach 40 Jahren wird allerdings offensichtlich, welch tief greifenden Wandel diese Politik im Verhältnis zwischen der kanadischen Mehrheitsgesellschaft und seinen Migrantengruppen in Gang gesetzt hat.

Jenseits eines beliebigen Miteinanders von kulturellen und ethnischen Gruppen (ein populäres Bild in der europäischen Debatte) ist die Einführung des Multikulturalismus im kanadischen Kontext eng an die Forderung nach Erweiterung sozialer und politischer staatsbürgerlicher Rechte gebunden. Das Gebot der Chancengleichheit, das in den frühen 1970er Jahren von zentraler Bedeutung für die innenpolitische Debatte war, bildete auch den politischen Rahmen, innerhalb dessen Staat und Gesellschaft in Kanada ihr Verhältnis zu Einwanderern und Minderheiten neu definiert haben.³ Der Multikulturalismus und die Stärkung der Minderheitenrechte waren in dieser Hinsicht Teil des sozialdemokratisch-liberalen Emanzipationsanspruchs der 1970er Jahre, der sich an den Prinzipien der Fairness und Gerechtigkeit orientierte.

Chancengleichheit und politische Inklusion

Der öffentliche Schutz kultureller Differenz hat hierbei seinen rechtlichen Niederschlag bis in die im Jahr 1982 verabschiedete neue Verfassung, die *Canadian Charter of Rights and Freedoms*, gefunden. Wie später auch im *Multiculturalism Act* aus dem Jahr 1988 bestätigt wurde, wird die Anerkennung und Förderung von verschiedenen Kulturen rechtlich festgeschrieben und der Schutz sprachlicher und ethnisch-kultureller

3 Vgl. Jenson / Phillips 1996, S. 111-135.

Minderheiten auf eine Stufe mit dem Schutz des Kanons individueller Freiheitsrechte gestellt.⁴ Um die beiden wesentlichen Ziele dieser Politik zu erreichen, namentlich die Toleranz für ethnisch-kulturelle Differenz und das Gebot der Chancengleichheit, ist sie durch eine umfassende und verschiedene gesellschaftliche Bereiche erfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung ergänzt worden.

In dieser Hinsicht ist der Multikulturalismus kanadischer Prägung eng an die Gleichheitsgrundsätze liberaler Demokratien angelehnt. Er unterstellt, dass eine erfolgreiche Integration von Einwanderern und Minderheiten nur gelingen kann, wenn diese gleichberechtigt an den gesellschaftlichen Lebenschancen teilhaben können. Der Multikulturalismus hat sowohl einen normativen Erwartungshorizont als auch Rechtsansprüche etabliert, die die gesellschaftliche und politische Position dieser weniger privilegierten Gruppen stärken. Trotz einer in dem vergangenen Jahrzehnt wachsenden Einkommensschere zwischen Einwanderern und der im Land geborenen Bevölkerung prägt diese Verpflichtung die Praxis im Arbeitsmarkt und im Erziehungssystem auf recht erfolgreiche Weise. Anders als etwa im deutschen Schulsystem kommt es zu keiner eklatanten strukturellen Benachteiligung von Migranten oder der Schlechterstellung von Minderheiten bis in die zweite oder gar dritte Generation hinein; sie ist in Kanada ein weitgehend unbekanntes Phänomen. Ähnlich verhält es sich mit der sozialen Mobilität im Arbeitsmarkt. Nach einer Übergangsfrist nähern sich die Einkommen der meisten Einwanderer vergleichsweise schnell denen der in Kanada geborenen Bevölkerung an.⁵

Eine ähnliche Dynamik erzeugte der kanadische Multikulturalismus mit Blick auf die politische Inklusion. Dies bezieht sich zum einen auf die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes, die darauf zielte, Neuankömmlingen eine schnellstmögliche Einbürgerung zu gestatten (bereits nach drei Jahren besteht ein Rechtsanspruch) und ihnen damit auch politische Teilhaberechte zukommen zu lassen. Zum anderen hat es sich über die vergangenen vier Jahrzehnte erwiesen, dass der Multikulturalismus in Kanada nicht schlicht eine von staatlicher Seite oktroyierte Politik ist. Vielmehr ist insbesondere in den urbanen Zentren des Landes ein weitgefächertes Netz zivilgesellschaftlichen

4 Vgl. Kymlicka 1998.

5 Vgl. Kogan 2007 und Schittenhelm / Schmidtke 2011.

Engagements entstanden, das aus der Vertretung der kollektiven Interessen von Einwanderern und Minderheiten erwächst. Das Verhältnis zwischen den kulturellen Gruppen und das Prinzip des Multikulturalismus sind zu einem umstrittenen und sensiblen Thema in den politischen Auseinandersetzungen der Zivilgesellschaft geworden. Die Frage der Minderheitenrechte und das Gebot der Chancengleichheit für alle kulturellen Gruppen in der kanadischen Gesellschaft hat das politische Selbstverständnis vieler Gruppen radikal verändert. Bürgerrechtsbewegungen und Migrantengruppen, Gewerkschaften und andere Interessengruppen haben den normativen Kern des Multikulturalismus, die Forderung nach Gleichberechtigung und Chancengleichheit für alle kulturellen Gruppen, zu einem Politikum und Kernbestand ihrer politischen Ansprüche gemacht. So ist der Multikulturalismus in seinen langfristigen Folgen ein produktives Element in der Weiterentwicklung des demokratischen politischen Gemeinwesens geworden.⁶

Vielfalt als Normalität

Diese Form des Multikulturalismus und die durch ihn indirekt sanktionierte Praxis herkunftsunabhängiger Immigration wären ohne einen tief greifenden Wandel des Begriffs der nationalen politischen Gemeinschaft politisch kaum durchsetzbar gewesen. Das tradierte Image einer britisch-französischen Siedlerkolonie wurde in diesen Jahren schrittweise durch ein Bild (post-)nationaler Identität ersetzt, in dem der Einwanderung und der mit ihr verbundenen kulturellen gesellschaftlichen Differenzierung ein zentraler Platz zugewiesen wird. Das Spezifische am kanadischen Fall ist, dass der Gedanke an eine kulturell integrierte Gemeinschaft weitgehend durch die Idee ersetzt wurde, dass das Zusammenleben von Menschen verschiedenartiger Herkunft selbst zum Kern dessen wird, was die Identität der Gemeinschaft bestimmt (dies wird in der populären Metapher der kanadischen *Salad Bowl* beschrieben). Die Narration des gemeinschaftsstiftenden Bandes zwischen Individuen und Gemeinwesen ist weitgehend seiner vor-politischen, kulturellen Grundlage beraubt, die die europäische Tradition der imaginierten nationalen Gemeinschaft so nachhaltig begründet

6 Vgl. Eisenberg 2006.

hat.⁷ In Kanada ist die politische und soziale Integration in die Gemeinschaft vielmehr konstitutiv an staatliche Institutionen und eben auch an den positiv besetzten Wert kultureller Vielfalt gebunden. Man kann hier von einer kanadischen Version eines *Civil Nationalism* sprechen, der die identitätsstiftende Idee kultureller Homogenität durch politische Rechte und ein multi-kulturelles Ethos ersetzt hat.

Auf dieser Grundlage hat der Multikulturalismus kanadischer Prägung Einwanderer und kulturelle Differenz zur Normalität der gesellschaftlichen Praxis gemacht. Dies hat wichtige Folgen für den öffentlichen und politischen Umgang mit Einwanderern und Minderheiten. Zum einen haben 40 Jahre staatlich sanktionierter Multikulturalismus Einwanderung zu einer Akzeptanz verholfen, die in europäischen Gesellschaften auch nicht im Entferntesten anzutreffen ist. Gleichzeitig ist das Thema der Einwanderung und der Inklusion zum integralen Bestandteil routinierter staatlichen Handelns geworden. Fernab dramatischer kultureller Konflikte setzen sich Ministerien (von der Wirtschafts- bis zur Gesundheits- und Sozialpolitik) mit Fragen der kulturellen Differenz und der Integration auseinander. Auch mit Blick auf die parteipolitischen Auseinandersetzungen sind die Interessen von Migranten und Minderheiten zur festen strategischen Größe geworden. Für Parteien des gesamten politischen Spektrums sind diese Gruppen längst eine unverzichtbare Klientel. So findet der in Europa weit verbreitete Antiimmigrationsdiskurs in Kanada kaum öffentliche Resonanz. Nicht zuletzt durch den Multikulturalismus und die Dynamik, die er mit Blick auf gesellschaftliche Normen und politische Willensbildungsprozesse in Gang gesetzt hat, ist der Ausländerfeindlichkeit oder der populistischen Vereinnahmung des Themas in der kompetitiven Parteienpolitik weitgehend der politische Boden entzogen.

Kulturalisierung des Multikulturalismusbegriffs

Der kanadische Multikulturalismus bezeichnet eine komplexe staatliche und gesellschaftliche Praxis der öffentlichen Anerkennung von kultureller Differenz und eine Verpflichtung gegenüber Migranten und Minderheiten, diese an den gesellschaftlichen Lebenschancen gleichberechtigt teilhaben

7 Vgl. Brubaker 1992.

zu lassen. Kanada ist damit über die vergangenen vier Jahrzehnte keineswegs zum multikulturellen Idyll geworden, in dem es keine Identitätskonflikte gibt. Was der Multikulturalismus jedoch geschaffen hat, ist ein kultureller, politischer und rechtlicher Kontext, in dem diese Konflikte auf pragmatische und produktive Weise ausgetragen werden können. In dieser Hinsicht kann der Multikulturalismus als Teil der Lösung für die Herausforderung der Integration von Einwanderern und Minderheiten, nicht aber als Ursache unbeherrschbarer Identitätskonflikte verstanden werden. Für die im deutsch-europäischen Diskurs populäre Interpretation, der Multikulturalismus verstärke Segregation und führe zu Parallelgesellschaften, gibt es im kanadischen Fall einfach keine empirische Grundlage.⁸

Es lässt sich nun argumentieren, dass solche transatlantischen Unterschiede schlicht den spezifischen nationalen Bedingungen und Kanadas Geschichte als Einwanderungsgesellschaft geschuldet seien. Der vergleichende Blick nach Kanada lässt jedoch auch eine andere Interpretation zu. Das Argument, demzufolge tief greifende Konflikte und gesellschaftliche Desintegration dem Multikulturalismus ursächlich zuzurechnen seien, läuft Gefahr, einer politisch folgenreichen kulturalistischen Deutung zum Opfer zu fallen. Mit dieser inhaltlichen Besetzung des Multikulturalismuskonzepts wird die Debatte um die Bedingungen erfolgreichen Umgangs mit kultureller Differenz und Integration auf die dramatisierende Ebene fundamentaler kultureller Konflikte verschoben (dies ist im Kern auch das zentrale Problem der leidvollen Leitkulturdebatte).⁹ Kultur und Identität werden in ihren vermeintlich sozialdesintegrativen Effekten weitgehend von den demokratischen Verfahren der Willensbildung und Konfliktaustragung abgekoppelt. Gegenüber dem dramatisierenden Bild kultureller Konflikte tritt die für eine erfolgreiche Integration unabdingbare Aufgabe, Einwanderer und Minderheiten gleichberechtigte soziale und politische Teilhaberechte einzuräumen, in den Hintergrund. Ausgeblendet werden etwa die sehr viel pragmatischeren Aufgaben der gleichberechtigten Inklusion in den Arbeitsmarkt oder das Erziehungssystem.

8 Vgl. Ley 2007.

9 Zum aktuellen öffentlichen Diskurs zu Fragen der Migration und Integration in Deutschland vgl. Schmidtko 2010.

Hierdurch droht das Scheitern des Multikulturalismus leicht zu einer Selffulfilling Prophecy zu werden. Der Blick nach Kanada kann hingegen ein Verständnis dafür wecken, wie ein ernst genommener Multikulturalismus den Weg zu einem republikanischen Integrationsverständnis ebnen könnte. 🌐

Literaturverzeichnis

- Brubaker, Roger: *Citizenship and Nationhood in France and Germany*. Harvard University Press, Cambridge 1992.
- Eisenberg, Avigail (Hrsg.): *Diversity and Equality. The Changing Framework of Freedom in Canada*. University of British Columbia Press, Vancouver 2006.
- Fukuyama, Francis: *Identity, Immigration, and Democracy*. In: *Journal of Democracy* 17 (2), 2006, S. 5-20.
- Jenson, Jane / Phillips, Susan: *Regime Shift. New Citizenship Practices in Canada*. In: *International Journal of Canadian Studies* 14, 1996, S. 111-135.
- Jupp, James: *Magnet für Talente von draußen*. In: *Die Zeit*, 43, 21.10.2010.
- Kogan, Irena: *Working Through Barriers. Host Country Institutions and Immigrant Labour Performance in Europe*. Springer, Dordrecht 2007.
- Kymlicka, Will: *Finding Our Way. Rethinking Ethnocultural Relations in Canada*. Oxford University Press, Oxford 1998.
- Ley, David: *Multiculturalism. A Canadian Defence*. Metropolis BC Working Paper Series, No. 07-04, 2007.
- Schittenhelm, Karin / Schmidtke, Oliver: *Integrating Highly Skilled Migrants into the Economy. Transatlantic Perspectives*. In: *International Journal* 66 (1), 2011 (im Erscheinen).
- Schmidtke, Oliver: *Einwanderer als Ware*. In: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, Oktober 2010, S. 51-57.